



Der Lokstedter

Mitteilungen aus dem Distrikt Lokstedt 245 – Feb./März 2010

Themen in dieser Ausgabe des „Lokstedter“

Mitgliederabend	
Schulpolitik	1
Aufruf zur Demo – Kernenergie bleibt	
Auslaufmodell	2
Was wird aus der Amsinckvilla	3
Mitgliederbefragung zu Afghanistan	4
Termine und Geburtstage	4

Einladung zum Mitgliederabend

Jeweils erster Dienstag im Monat im „Lokstedter“,
Döhrntwiete – Beginn immer um 19.30 Uhr

2. Februar: Schulpolitik in Hamburg – was will die SPD? Gast: Ties Rabe (Schulpolitischer Sprecher)

2. März: Finger weg vom Atomausstieg – Wir zeigen den Schwarz-Gelben die Rote Karte!

Gäste: Manfred Körner (Umweltforum), Monika Schaal (MdHBü)

Wir wollen eine andere Schule!

Der erste Mitgliederabend in Lokstedt am 12. Januar war ein gelungenes Experiment. Gut drei Stunden lang wurde engagiert diskutiert und lebhaft gestritten über ein Thema, was derzeit die Hamburger Politik beherrscht: Wie soll die Schule aussehen, auf der allen Schülern die

bestmögliche Bildung vermittelt werden kann?

Im Anschluss an ein Impulsreferat von Philipp Reimer über die schulpolitische Entwicklung der letzten zehn haben wir darüber gesprochen, in welche Richtung sich die Schule unserer Ansicht nach entwickeln sollte.

Über das Ergebnis unserer Diskussion (siehe nächste Seite) wollen wir mit einem prominenten Gast sprechen: Ties Rabe, der schulpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, wird uns sagen, was er von der geplanten Schulreform hält und wie die Position der SPD aussehen sollte.

Wir wollen eine andere Schule (Forts.)

Leitgedanken der SPD-Lokstedt zur künftigen Schulpolitik:

- * Wir wollen eine andere Schule
- * Wir wollen längeres gemeinsames Lernen
- * Keine Ausgrenzung von Schülern aus sog. bildungsfernen Schichten.

- * Keine Unterstützung der sog. Scheuerl-Initiative
- * Das sechsjährige gemeinsame Lernen kann nur ein halbherziger erster Schritt sein - wir halten zehn Jahre für sinnvoll.
- * Die vielen Schulexperimente in der Vergangenheit haben der Schule nicht gut getan.

- * Die Folge: Flucht zu privaten Schulen
- * Inhaltliche Forderungen des Bildungsparteitags der SPD Hamburg aufgreifen und neu bewerten.
- * Gegenkonzept der SPD-Fraktion zum Konzept des Senats – Was hat die parlamentarische Arbeit bisher gebracht?

Atomenergie bleibt ein Auslaufmodell!

Am Anfang machte Norbert Röttgen als neuer Bundesumweltminister trotz CDU-Parteibuch ja noch einen nachdenklich-positiven Eindruck, wenn es um die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken geht.

Mittlerweile ist die Katze aus dem Sack: Die Kernkraftwerke sollen länger laufen und den Profit der Kraftwerksbetreiber mehren, obwohl – wie sich bei der Asse gezeigt hat – das Problem der sicheren Endlagerung von Atommüll noch lange nicht gelöst ist.

Jetzt müssen wir handeln – und zwar zusammen mit den Klima- und Umweltschutzverbänden.

Für den **24./25. April** ist im Gedenken an die Tschernobyl-Katastrophe vor 24 Jahren eine "Menschenkette" entlang der Elbe zwischen den AKWs Brunsbüttel und Krümmel mit zahlreichen Aktionen und Info-Ständen geplant.

Die SPD Schleswig-Holstein und Niedersachsen und wir in Hamburg machen mit. Bitte merkt Euch diesen Termin schon einmal vor.

Je mächtiger der öffentliche Druck, umso größer unsere Chance, den Schwarz-Gelben die rote Karte zu zeigen.

Atomenergie ist ein Auslaufmodell und das soll sie auch bleiben!

Die Demonstration und unser Beitrag dazu ist Thema des Mitgliederabends am **2. März**.

Unsere Gäste an diesem Abend sind Manfred Körner (Umweltforum) und Monika Schaal, in der Bürgerschaftsfraktion Sprecherin für Umwelt und Verbraucherschutz.

Was wird aus der Lokstedter Amsinckvilla?

Die Zukunft der Amsinckvilla wird immer mehr zu einem Politikum. Wie im „Lokstedter“ schon dargestellt, wurde von unseren Bezirkspolitikern mehrfach in dem Verfahren mehr Transparenz angemahnt und ein Konzept gefordert, das eine angemessene öffentliche Nutzung mit kommunalem Bezug ermöglicht. Hierüber bestand und besteht ein interfraktioneller Konsens im Bezirk.

Allein die für die Veräußerung der Immobilie zuständige Finanzbehörde mochte die Rufe der Kommunalpolitik nicht hören. Auch dann nicht, als der Ortsausschuss darauf hinwies, dass sowohl das Konzept als auch das Auftreten des von der Behörde favorisierten Investors nicht den gewünschten Anforderungen entsprechen würde. Die Freytag-Behörde hielt an ihrem Anbieter weiter fest; ein Kommen in die regionalen Gremien wurde abgelehnt.

Im November 2009 kam dann neue Bewegung in die Sache. Die Bezirksver-

waltung musste den Kommunalpolitikern mitteilen, dass der Vorbescheidsantrag des Investors kurzfristig positiv beschieden werden müsste, da ansonsten eine Untätigkeitsklage erfolgen könnte.

Da hier augenscheinlich die Grenzen der bezirklichen Handlungsmöglichkeiten erreicht waren, hat sich die Bürgerschaftsfraktion der Angelegenheit angenommen. Zusammen mit der Kollegin Monika Schaal habe ich nun einen Antrag vorbereitet, der den Senat auffordert, das vom potenziellen Investor vorgestellte Nutzungskonzept abzulehnen, das Angebot neu auszuschreiben und in einem transparenten Verfahren ein „vor Ort“ akzeptierte Nutzungskonzept zu finden. Die Bürgerschaft

Die Amsinckvilla erbaute 1868 der Architekt Martin Haller für den Kaufmann Wilhelm Amsinck als Sommerresidenz. Seit 1993 stehen der 5,9 Hektar große Park und die Villa unter Denkmalschutz. Das Grundstück soll im Höchstgebotverfahren von der Finanzbehörde im Erbbaurecht mit einer 50-jährigen Laufzeit vergeben werden.

wird im Januar darüber beschließen.

Zusätzliche Brisanz hat das Verkaufsverfahren durch Pressemeldungen erhalten, wonach der Geschäftsführer des potenziellen Investors - die Tochterfirma eines britischen Schiffsfinanzierers - wegen verschiedener Betrugsdelikte bei Immobiliengeschäften bereits mehrfach verurteilt wurde. Die Finanzbehörde will aber offenbar weiter an den Verkaufsplänen festhalten. Der Behördensprecher äußerte hierzu, „man könne ja nicht ein polizeiliches Führungszeugnis vom Investor verlangen‘... Zu diesen Aussagen und den Hintergründen haben wir auch noch eine weitere Anfrage an den Senat gerichtet.

Einfluss kann neben der Bürgerschaft auch die für den Verkauf zuständige Kommission für Bodenordnung nehmen, die sich aus Politik und Verwaltung zusammensetzt.

Über die Entscheidungen werde ich Euch auf dem Laufenden halten.

Euer Thomas Böwer

Geburtstage

01.02. Alexandra Fröhlich
01.02. Jan Unger
03.02. Solveig Hasse
03.02. Ivonne Schiffner
05.02. Lisa Geist
08.02. Doris Mischerikow
10.02. Ekhard Ragotzki
21.02. Rolf Groth
22.02. Ute Twesten
23.02. Markus Nienhüser
26.02. Fritz Sack
02.03. Egon Paetow
07.03. Martina Schaub
14.03. Inge Foelsch
15.03. Gaby Kyek
29.03. Lisa Duysen

Termine in Lokstedt

2. Februar (Dienstag) 19.30 Uhr Mitgliederabend im "Lokstedter", zur Schulpolitik: Gast Ties Rabe.
2. März (Dienstag) 19.30 Uhr Mitgliederabend im "Lokstedter", zum Thema Energiepolitik und Atomausstieg: Gäste Manfred Körner und Monika Schaal.
12. April (Dienstag) 19.30 Uhr Mitgliederversammlung der SPD Lokstedt (Jahreshauptversammlung mit Organisationswahlen) AWO Treffpunkt Lokstedt Eidelstedter Weg 62

SPD Lokstedt

Ernst Christian Schütt, Süderfeldstraße 45a
22529 Hamburg
Fon: 56 00 89 09 Fax: 56 00 89 20
Mail: SPD-lokstedt@t-online.de

Die künftige Afghanistanpolitik—der SPD-Vorstand fragt Dich nach Deiner Meinung

1. Wie beurteilst Du / beurteilt Ihr den bisherigen Afghanistan-Einsatz? Welche Eindrücke und Meinungen habt Ihr dazu bislang gewonnen?
2. Haben die deutschen Soldaten, Polizisten und Entwicklungshelfer, die in Afghanistan ihrer Arbeit unter lebensgefährlichen Bedingungen nachgehen, genug Unterstützung in der deutschen Bevölkerung?
3. In dem Entwurf unseres Positionspapieres fordern wir einen schrittweisen Abzug, beginnend 2011 und endend zwischen 2013 und 2015. Der Grund dafür ist, dass wir einerseits nie auf Dauer in Afghanistan bleiben wollten, andererseits die afghanische Regierung selbst fordert, dass ab 2015 keine internationalen Soldaten mehr an Kampfhandlungen beteiligt werden sollen. Wie beurteilst Du/beurteilt Ihr diese Position?
4. Wie beurteilst Du/ beurteilt Ihr unsere Forderung, die Aktivitäten im Bereich der Ausbildung und Ausstattung afghanischer Sicherheitskräfte deutlich zu verstärken?
5. Im Entwurf unseres Positionspapieres fordern wir, dass zusätzliche Kapazitäten für die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte aus dem bestehenden Bundeswehrkontingent von 4.500 Soldatinnen und Soldaten zu gewinnen sind.

Sollte für die Verstärkung der Ausbildung und sowie den vollständigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan im Korridor zwischen 2013 und 2015 eine maßvolle und zeitlich begrenzte Überschreitung der bisherigen Obergrenze notwendig erscheinen, so muss die Bundesregierung dies im Deutschen Bundestag nachweisen und beantragen. Wie beurteilst Du / beurteilt Ihr diese Position?

6. Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie die Bundesländer drängt, mehr Polizeiausbilder zur Verfügung zu stellen. Teilst Du / teilt Ihr diese Forderung?

7. Im Mittelpunkt unseres Auftrages steht der zivile Aufbau. Dieser Auftrag wird deutlich länger dauern als der Militäreinsatz. Was denkst Du / denkt Ihr darüber?

8. Hast Du / habt Ihr weitere Anmerkungen oder Anregungen?

Bitte teilt uns Eure Meinungen und Diskussionsergebnisse an eine der folgenden Adressen mit:

afghanistan@spd.de oder SPD-Partei Vorstand Internationale Abteilung Wilhelmstr. 141 10963 Berlin.